



Haushaltsrede der Fraktionssprecherin Ruth Fischer-Bieniek zur Ratssitzung am 16. Mai 2024

- Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
Sehr geehrte Gäste im Saal und im Rats-TV.

Es gehen denkwürdige Verhandlungswochen zu Ende, so höre ich allenthalben, das gab es noch nie... Für mich sind es die ersten als Sprecherin einer Fraktion, und mich hat schon erstaunt, dass zwei Fraktionen von vornherein jegliche Verhandlung abgelehnt und mehrere Einladungen zu Gesprächsrunden abgesagt haben. Ich kann nicht beurteilen, ob „denkwürdig“ verglichen mit bisherigen Haushaltsverhandlungen die richtige Kategorie ist. Aber Fragen wirft das Verhalten und Vorgehen der Kolleg:innen von CDU und BfS schon auf.

Wir alle wurden mandatiert von den Bürger:innen dieser Stadt, im Vertrauen darauf, dass wir mit dem Willen zu gestalten Verantwortung übernehmen. Wir alle wussten bereits zur Wahl 2020, dass die Situation herausfordernd ist. Schon vor Corona, Hochwasserkatastrophe, Ukrainekrieg und sozialen Verwerfungen, die uns teilweise tief entsetzten war klar: Kommunalpolitik ist kein Zuckerschlecken. Wir wussten um die Haushaltsituation dieser Stadt und dass Gestalten in einer armen Kommune deutlich schwieriger ist, als in einer reichen. Aber wir haben uns trotzdem auf Listen setzen lassen, wir wollten diese Verantwortung übernehmen. Das jedenfalls unterstelle ich jedem in diesem Saal.

Und jetzt also Haushaltsberatungen nur mit der Hälfte des Rates. Die andere Hälfte sagte Nein, bevor überhaupt verhandelt werden konnte. Gab es da Vorschläge von CDU und BfS, die den Willen zum Gestalten hätten erkennen lassen?

Nicht, dass ich wüsste. Es gibt vor allem Vorwürfe. Etwa den der Perspektivlosigkeit, dabei geben wir doch gerade mit der Haushaltsverabschiedung die Perspektive, die aus kommunaler Sicht noch möglich ist.

Wir sind uns einig darin, dass wir ohne massive Unterstützung durch Bund und Land nicht mehr auf die Beine kommen werden. Es ist klar, dass in den letzten Jahren immer wieder gegen das Konnexitätsprinzip verstoßen wurde. Bund und Land haben uns Aufgaben aufgebürdet, die nur in den seltensten Fällen ausfinanziert waren. Der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2026 ist nur eine davon. Und die Altschuldenregelung lässt immer noch auf sich warten.

Aber all das entbindet uns hier im Rat der Stadt Solingen nicht von der Verantwortung, die wir mit unserem Mandat übernommen haben: nämlich mit dem Wenigen, das da ist, das Meiste für die Menschen unserer Stadt, ihr Leben und ihre Zukunft herauszuholen!

Die Misere zu personalisieren, sie dem Oberbürgermeister in die Schuhe zu schieben, ohne die Strukturen zu benennen, die sie erst hervorgebracht haben, das ist schäbig. Ein Rückzug auf ein schlichtes Nein zu Haushaltsverhandlungen und politischer Debatte ist aus meiner Sicht nichts anderes als der berühmte schlanke Fuß, den Sie sich da alle machen.

Wir waren verblüfft, als unsere Einladungen zu den Elefantenrunden abschlägig beantwortet wurden, wir rätselten, was Sie alle damit wohl erreichen wollten.

Ich kann und will mir nicht vorstellen, dass Sie das Scheitern des Haushaltes mit all seinen möglicherweise dramatischen Auswirkungen auf die soziale, kulturelle und jugendpolitische Infrastruktur für irgendwelche polit-strategischen Spielchen billigend in Kauf nehmen. Ich möchte auch Ihnen weiterhin unterstellen können, für diese Stadt und ihre Bürger:innen zu arbeiten, nicht gegen sie. Von daher bin ich gespannt auf Ihre Erläuterungen.

Wir haben dann also gemeinsam mit SPD, FDP und Linken zusammengesessen und in guten lösungsorientierten Diskussionen ein ausgewogenes Verhandlungspaket geschnürt. Alle der Anwesenden – und wir haben die neuen FDP-Kolleg:innen herzlich willkommen geheißen – haben die wesentlichen Punkte unterstützt:

Wir waren uns einig über die Gegenfinanzierung für alle unsere Forderungen, weil wir alle ein offeneres Rathaus wollten, ein Rathaus, das Menschen einlädt und das erkennbar für die Menschen geöffnet ist. Einsparungen durch sinnvollen Einsatz also bei der Security, nicht Streichung – das generierte im Wesentlichen die Summe, die wir für eine nachhaltigere und die soziale Infrastruktur stärkende Ausrichtung des Haushaltes brauchten.

Die zweite Säule der Gegenfinanzierung ist die innerstädtische Parkraumbewirtschaftung. Man stelle sich vor: nach sage und schreibe 31 Jahren könnte endlich der Preis für's Parken in der Innenstadt angepasst werden. Ein kleinwenig zwar nur, aber ein Schritt in die richtige Richtung: Ich zitiere gerne Herrn Boch vom Solinger Tageblatt mit den drei wesentlichen Zielen, die mit einer sinnvollen Parkraumbewirtschaftung verbunden sind:

- Reduktion innerstädtischer Verkehre – insbesondere der Parksuchverkehre
- Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl
- Umnutzung von öffentlichen Flächen zugunsten der Aufenthaltsqualität

Drei Gründe, die darauf abzielen, Straßenraum gerechter zu verteilen, die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs zu attraktivieren und städtischen Lebensraum für Menschen nutzbar zu machen, nicht nur für Autos.

Wofür werden wir diese Gelder ausgeben?

Es wird keinen verwundern, dass wir Grüne unseren Schwerpunkt auf die Bereiche Klimaschutz/Klimaresilienz und die Sicherung der sozialen, kulturellen und jugendpolitischen Infrastruktur gelegt haben:

- So möchten wir den Naturschutzverbänden ebenso wie dem StadtSportbund, die zwar Teil der Anlage 23 sind, aber nicht an der jährlichen 2%-Erhöhung partizipieren, einen dringend notwendigen Zuschlag geben
- Wir möchten die so wichtige Arbeit der Biologischen Station Mittlere Wupper unterstützen.
- Wir wollen die Verwaltung mit einer Erhöhung des Topfes für kommunale Kofinanzierungen stärken, um vermehrt Förderprogramme im Bereich Klima- und Umweltschutz nutzen zu können.
- Gleiches gilt für die Kultur. Auch hier könnte die Erhöhung dieser Gelder für eine Stärkung des immer unterfinanzierten kulturellen Angebotes in Solingen über zusätzliche Fördermittel sorgen.
- Und wir haben uns darauf geeinigt, Investivmittel für einen Parkplatz lieber in naturbasierte Klimaschutzmaßnahmen zu stecken. Denn eines ist doch klar: es ist immer besser, mit der Natur für Klimaschutz zu sorgen, als gegen sie.

- Wir wollen weiterhin die Schwimmbausbildung der Kinder dieser Stadt unterstützen. Auch das könnte nach unseren Vorschlägen nun strukturell finanziert werden.
- Und last but not least haben wir uns alle vier darauf geeinigt, die soziale und die Jugendhilfestruktur hier in unserer Stadt nicht nur auf gleichem finanziellem Niveau zu halten. Wir haben uns auf eine Erhöhung von 9,7% der Haushaltsansätze geeinigt. Das ist einmalig in der Geschichte der Stadt und setzt einen wichtigen, deutlichen Akzent: Wir lassen uns unsere Stadt nicht kaputtsparen.

Wie schade, dass die FDP-Fraktion ihrer Vorsitzenden nicht folgen wollte. Stattdessen hört man hier das Echo der CDU: es fehle die Perspektive, die Verwaltung habe ihre Aufgaben nicht gemacht, der Oberbürgermeister habe versagt.

Geht's ein wenig konkreter? Dann könnten wir darüber sprechen. So aber versinken CDU, FDP und BfS ins Schweigen. Nur unterbrochen von einem wirklich unsäglichen Post der Jungen Union.

An dieser Stelle möchte ich nicht nur im Namen meiner Fraktion, sondern auch meine ganz persönliche Empörung darüber ausdrücken. In Zeiten wie diesen, wo Politiker:innen sich ihres Lebens nicht mehr sicher sein können und unsere Demokratie gefährdet ist, eine solche Veröffentlichung zu verantworten, ist unsäglich. Wir Grüne stellen uns vor unseren rot-grünen Oberbürgermeister, der die Stadt durch die vielen, vielen Krisen der letzten Jahre geführt hat. Und wir stehen hinter der Arbeit der Verwaltung – die im Übrigen (das nur am Rande) natürlich im Vorfeld abgeklopft hat, ob die Bezirksregierung den Haushaltsentwurf für genehmigungsfähig hält. Die Signale waren positiv - das Bauchgefühl der CDU hin und her.

Insofern – und damit komme ich zum Schluss – kann ich nur an unser aller Verantwortung appellieren, an das Versprechen, das wir den Wählerinnen und Wählern gegeben haben. Werden Sie konstruktiv, stimmen Sie für diesen Haushalt, der machbar macht, was möglich ist. Der den Erhalt vorhandener Hilfestrukturen in den Mittelpunkt stellt, der den Menschen in Vereinen und Verbänden nicht nur sagt: ihr macht gute und wichtige Arbeit – sondern der sie auch direkt spürbar monetär unterstützt.

Ich danke den Kolleg:innen von SPD und Linken/Die Partei für konstruktive Gespräche und für das Erreichte und freue mich, dass wir heute gemeinsam dem Populismus etwas Gutes entgegensetzen werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.